

Did a Lack of Consumer Protection cause the Financial Crisis?

USA

ANNA-LENA BURK

Bericht über die Veranstaltung des Cato Institute vom 16.03.2010

April 2010

www.kasusa.org

www.kas.de

Ein sehr umstrittenes Thema in der Debatte um die Ursachen der jüngsten Finanzkrise ist der Verbraucherschutz. Es gibt Bestrebungen in den USA eine staatliche „Consumer Finance Protection Agency“ zu gründen, die die Aufsicht über alle Themen des Finanz-Verbraucherschutzes – von Kreditkarten bis hin zur Steuerberatung – unter sich zusammenfassen soll. Allerdings wird von einigen Seiten bezweifelt, ob eine solche Behörde Krisen zukünftig verhindern kann oder ob sie die Wahrscheinlichkeit für Krisen vielleicht sogar erhöht. Dazu muss zunächst diskutiert werden, ob der mangelnde Verbraucherschutz überhaupt ein Grund dafür war, dass es zu einer Finanzkrise gekommen ist.

Am 16.03.2010 lud das CATO INSTITUTE zu einer Diskussionsrunde zu dieser Frage ein. Dabei eröffnete Moderator Mark Calabria, Direktor des Bereiches „Financial Regulation Studies“ am Cato Institute, die Diskussion mit der provozierenden Frage, ob Kredite zu teuer oder zu günstig waren.

Als erste Rednerin sprach Janis Bowdler vom National Council of La Raza, der größten Bürgerrechts- und Interessensvertretungsorganisation von Latinos in den USA. Sie vertrat ganz klar die Meinung, dass Verbraucher besser hätten geschützt werden sollen. Menschen in Machtpositionen hätten mit Aussprüchen wie „Bürger sollten ihr eigenes Heim haben“ zu einer Dynamik beigetragen, in der sich viele Menschen ein Eigenheim finanzieren wollten, für welches sie kein Geld hatten. Sie kritisierte zudem die Vorgehensweise der Kreditvergabe: „Die Produkte waren so ausgelegt, als würde die Blase für immer anhalten, das haben viele Menschen nicht verstanden.“ Die Haupt-Regulierungsbehörden hätten nur untätig zugehört. Abschließend war sie der Meinung, dass die Ausgangsfrage der Diskussion falsch gestellt sei. Ihrer Meinung nach müsste sie lauten: „Hätte besserer Verbraucherschutz die Krise verhindern können?“ Ihre Antwort dazu war ein ganz klares „Ja“.

Als zweiter Redner sprach Todd Zywicki von der George Mason University School of Law, unter anderem Professor für die Fachgebiete Verbraucherkredite und Kundenkreditgewährung sowie Verbraucherschutzrecht. Er stellte sich mit seiner Position ganz klar gegen seine Vorrednerin. Der mangelnde Verbraucherschutz sei kein Grund für die Krise gewesen. Er nannte viele verschiedene Gründe, unter anderem auch die makroökonomisch bedingte Arbeitslosigkeit und das „Verlassen des sinkenden Schiffes“ der Hausbesitzer, die alle mit in die Krise mit hineingespielt haben. Keiner dieser Gründe sei allerdings ein Verbraucherschutzproblem gewesen. Den Schwerpunkt seines Beitrages legte er allerdings auf die Aussage, dass Verbraucherschutzregelungen und Regeln zu Sicherheit und Bonität sehr stark gekoppelt sein müssen.

Dazu ergänzte Moderator Mark Calabria, dass dies ja unter anderem im Zusammenhang mit Fannie Mae und Freddie Mac zu großen Problemen geführt habe. Von 1992 bis 2008 wäre das „Department of Housing and Urban Development“ (HUD) dafür zuständig gewesen, die Immobilien-Ziele durchzusetzen, während das „Office of Federal Housing Enterprise Oversight“ die finanzielle Lage überwacht habe. Nicht sonderlich überraschend wäre dabei gewesen, dass über die Jahre das HUD die Unternehmen dazu gebracht hat, größeres Risiko zu übernehmen, ohne die finanzielle Lage zu überwachen. Dies alles endete in einer Rettungsaktion mit Steuermitteln, die hunderte Milliarden Euro kostete.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

ANNA-LENA BURK

April 2010

www.kasusa.org

www.kas.de

Ed Mierzwinski von U.S. PIRG sprach als dritter Redner. Er sagte: „Wir warten immer noch darauf, dass der Kongress endlich etwas tut, damit so etwas nicht wieder passieren kann“ und begrüßte sehr die Bestrebungen eine „Consumer Finance Protection Agency“ einzurichten. Auch wenn er der Meinung war, dass mangelnder Konsumentenschutz einen Betrag zur Krise geleistet hat, betonte er trotzdem, dass dies natürlich nicht der einzige Grund gewesen sei. Er vertrat die Meinung, dass es dringend nötig sei, ein Finanzsystem zu schaffen, dass für Konsumenten, kleine Anleger und Steuerzahler funktioniert und in dem Wall-Street-Banker für ihr schlechtes Verhalten verantwortlich gemacht werden.

Der letzte Redner in der Runde war Thomas Durkin, ehemaliger Ökonom, Zentralbankvorstand. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick über den Verbraucherschutz in den USA machte er anhand der Aufzählung aller Gesetze, die es zu diesem Thema gibt, deutlich, wie eng die Gesetzgebung seiner Meinung nach schon ist. Er warf die Frage in den Raum, ob weitere Verbraucherschutzgesetze zukünftig überhaupt etwas verändern würden. Wichtiger sei eine bessere Informationslage, damit die Märkte besser funktionieren. Dabei meinte er aber nicht, dass jeder Anleger alles wissen müsse, „er soll zumindest die Möglichkeit haben, zu „guten“ Institutionen gehen zu können“.